



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Prekäre Wohnsituation von Arbeitskräften in Schleswig-Holstein beenden!**

#### **Der Landtag wolle beschließen:**

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Anpassung des Bauordnungsrechtes vorzulegen, mit der die Regelungen der Landesbauordnung über die Mindestanforderungen an Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünften verschärft und erweitert werden. Ein effektives Vorgehen gegen Zweckentfremdung, Verwahrlosung oder menschenunwürdige Überbelegung insbesondere von Wohnraum für Arbeitskräfte muss Kern der Änderungen sein, so dass eine menschenwürdige Unterbringung verpflichtend vorgeschrieben wird. Hierbei sollen auch die Erfahrungen aus der Bekämpfung des Corona-Virus im Bereich des Infektionsschutzes einfließen. Mit dieser gesetzlichen Grundlage kann den zuständigen Behörden eine effektive Aufsicht und Kontrolle von Unterkünften und Wohnungen erlaubt werden. Durch die Anwendung des Bauordnungsrechtes können die Bauaufsichtsbehörden die Wohn- und Unterbringungsgebäude unabhängig von der Ausgestaltung der Eigentums- oder Mietverträge betreten, kontrollieren und im Notfall bis zur Nutzungsuntersagung einschreiten.

#### **Begründung:**

Die prekären Wohn- und Unterbringungsverhältnisse der Beschäftigten in den Schlacht- und Zerlegbetrieben sind bereits seit längerer Zeit bekannt, ohne dass die Verantwortlichen oder die von ihnen beauftragten Subunternehmen und Personaldienstleister Abhilfe geschaffen haben. Zum Teil wurde unter Missbrauch des Wohnungsmietrechts verhindert, dass Behörden Zugang zu den Unterkünften erhielten, um die Einhaltung gesetzlicher Mindeststandards des Gesundheitsschutzes zu kontrollieren. Angesichts der sichtbar gewordenen Missstände im Zusammenhang mit den Schlachthöfen und z.T. mangelnden Willens der Verantwortlichen, konstruktiv mit den Aufsichtsbehörden zusammenzuarbeiten, erscheint es deshalb dringend

geboten, durch Erweiterung der gesetzlichen Befugnisse eine möglichst lückenlose Kontrollmöglichkeit der Unterbringungssituation zu erreichen.

Özlem Ünsal  
und Fraktion